

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Berner Woche**

Band (Jahr): **36 (1946)**

Heft 40

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

POLITISCHE RUNDSCHAU

Für komplizierte Steuersysteme!

-an- Von Zeit zu Zeit hört man den Ruf nach einer Vereinfachung der Steuergesetze. Bisher denkt freilich der Bürger, ob mit Recht oder Unrecht, dass sich das «Unge-
tüm» immer komplizierter auswachse, und dass alle Re-
formen und alles Suchen nach Steuergerechtigkeit sich in
einer Vermehrung der *einzelnen* Steuern und in unüber-
sehbaren Komplikationen ausgewirkt haben. Dergestalt,
dass der einfache Mann überhaupt nicht mehr nachkomme.

Einen neuen *Vorschlag zur Komplizierung der steuer-
rechtlichen Grundlagen* und damit auch der Praxis bildet
die laufende *Initiative*, welche verlangt, dass die «öffent-
lichen Betriebe», also all die städtischen Gas- und Elek-
trizitätswerke, die Trambestanden usw. *besteuert werden
sollen*. Angeblich, weil sie in ihrer bisherigen Steuerfreiheit
jede mögliche Konkurrenz aus dem Felde geschlagen hät-
ten. Wer beispielsweise ein städtisches Tram wirksam
hätte konkurrenzieren können, das freilich bleibt rätsel-
haft. Und die allermeisten in Frage stehenden Unterneh-
mungen sind so eindeutig «gemeinwirtschaftlich» und so
selten Gegenstand einer Konkurrenzierung, dass man sich
fragt, ob eigentlich dieses Argument ernstgemeint sei.
Wahrscheinlicher ist, dass die Initianten glauben, eine
Wegsteuerung der oft namhaften Gewinne solcher Unter-
nehmungen könnten den privaten Steuerzahler entlasten.

Ein wichtiger Punkt der Initiative dürfte die Bestim-
mung sein, dass die neu zu erhebenden *Steuern in die Bun-
deskasse* fliessen und *zur Tragung der Kosten unserer
Landesverteidigung dienen sollten*. Mit andern Worten:
Der Bund, der bisher noch nirgends einen entscheidenden
Griff im Sinne direkter Besteuerung, die zeitlich beschränkt
gedachte Wehrsteuer ausgenommen, getan, wäre künftig
zum ersten Male rechtlich befugt, eine solche direkte
Steuer zu erheben.

Was will man eigentlich? Wir glauben, dass es sich
um eine richtige *Schuldbürger-Unternehmung* handle. *Ha-
ben diese öffentlichen Betriebe denn nicht ihre Gewinne
an die öffentlichen Kassen abgeliefert*, und haben wir nicht
in all diesen Gewinnen *namhafte Steuern entrichtet*? In-
direkte Steuern nämlich? Man lasse sich doch noch vom
erstbesten städtischen Finanzdirektor vorrechnen, um wie-
viel der Steuerfuss steigen würde, wenn die Gemeinde
künftig keinerlei Betriebsgewinne mehr verbuchen könnte
— infolge der Besteuerung solcher Gewinne durch die
Eidgenossenschaft! Es wird jedermann klar sein, dass wir
künftig zweierlei zu bezahlen hätten: Das, was wir bisher
schon mit den hohen Tramtaxen bezahlten, und das, was
wir berappen müssten, wenn das Tram nur noch «für den
Bund rentieren» dürfte, statt für die Gemeinde. Dies nur
in bezug auf das Tram. — *Der schweizerische Städtetag
in St. Gallen hat denn auch einmütig die Besteuerung der
öffentlichen Betriebe abgelehnt*. Die juristischen Gründe
für die Ablehnung interessieren einen weniger als die dro-
hende neue Komplizierung einer einfachen Sache: Dass
diese Betriebe nämlich praktisch längst «Steuern beziehen
und abliefern».

Noch keine Kriegsgefahr

Es ist bald zwei Wochen her, dass *Stalin dem engli-
schen Journalisten Werth ein Interview gab* — vielleicht
eines, das er selbst herbeigeführt — und worin er ver-
sicherte, dass «noch keine Kriegsgefahr bestehe». In der
Eile wurde das Wörtlein «noch» von vielen Zeitungen we-
gelassen, obgleich es entscheidend war für den Sinn seiner
Aussagen. Stalin bestritt gar nicht, dass eine solche Ge-
fahr heraufziehen könne. Im Gegenteil, er bezeichnete ge-
wisse Leute im Westen als Kriegshetzer, die das grösste

Interesse am Weiterdauern der Gerüchte von einem drit-
ten Weltkrieg hätten.

Man wird auch fehlgehen in der Einschätzung dieser
scharfen *Attacke gegen die Leute im amerikanischen Fi-
nanz- und Kriegsministerium, die er meinte*, wenn man die
vorausgegangene *Wallace-Affäre* in den USA vergisst.
Dass der russische Diktator just in die gleiche Kerbe wie
Wallace gehauen, beweist, wie bewusst die russische Po-
litik in *Controverse unter den Angelsachsen eingegriffen*,
und wieviel Planmässigkeit im Zeitpunkt und in der Auf-
machung dieses Interviews liegt. Moskau versucht, die
Kreise zu stärken, die Verständnis für die russischen Ziele
und Wünsche zu verraten scheinen. Die «Revision der
amerikanischen Aussenpolitik Russlands gegenüber», ein
Programmpunkt der aufgewachten *Opposition gegen den
Kurs Truman-Byrnes*, wird automatisch zum Haken, den
Stalin fester einzuschlagen gedenkt. Dabei geht er nun
mit grosser Umsicht vor. Ein weniger gewiegter Politiker
würde vielleicht übersehen, dass Wallace den Amerika-
nern anrät, sich von den Zielen der britischen «Empire-
Politik zu distanzieren. Dass man also, um völlig mit
Wallace einig zu gehen, den Amerikanern nun auch rus-
sischerseits anraten müsse, die Engländer allenthalben
zurückzulinden. *Stalin macht es anders. Er betont dem
englischen Journalisten gegenüber die Möglichkeit einer
engern politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Zu-
sammenarbeit zwischen Russland und England*.

Das heisst weit voraussehen. Und wer genau hinhört,
versteht den Sinn dieser Bemühungen Moskaus. Es setzt
keinesfalls auf eine einzige und ziemlich unsichere Karte,
das heisst: Keinesfalls auf einen nahe bevorstehenden Um-
schwung in den USA. Wallace unterliegt mit mehr oder
weniger grosser Wahrscheinlichkeit, und die «Republi-
kaner» werden als richtige «Tories» amerikanischer Prä-
sidenten für eine Legislaturperiode das Ruder in Amerika er-
greifen. Auf Truman-Byrnes kann ein Gespann von Staats-
männern hochkommen, das mit noch ganz anderer Energie
den antirussischen Kurs einhält. Für einen solchen Fall
möchten die Russen die *Zusammenarbeit mit der britischen
Labourregierung als «Zwischenlösung»* versuchen. Die «so-
zialistische Welt», ob russisch, ob englisch gefärbt, würde
dann einer hochkapitalistischen gegenüberstehen. In USA
selber müsste sich während dieser Zeit die «Labourpartei»
zum Sturm gegen die Trustregierung stärken. So sieht das
«Eventuellprogramm» der Russen aus. Man könnte von
einem «diplomatischen Vierjahresplan» sprechen, der sich
nach der amerikanischen Legislaturperiode von 1947 bis
1951 zu richten hätte.

Ob freilich die Engländer den Gegensatz «sozialistisch-
kapitalistisch» als entscheidend ansehen, ob sie nicht viel-
mehr die westliche Demokratie als das Unterscheidende
betrachten, dass sie mit den USA (selbst unter der Herr-
schaft der Trusts) eng verbindet und von der «Sowjet-
Diktatur» trennt, das ist die Frage! Immerhin — Moskau
versucht es! Gleich wie seinerzeit mit der *Volksfront-Pa-
role*, plant es ein Bündnis aller Linkgerichteten in der Welt
gegen eine erwartete «fascistenähnliche» Periode in den
USA. Wie damals sollen alle Parteien und alle Staaten,
die irgendwie gegen die Diktatur hochkapitalistischer Sy-
steme eingestellt sind, als Verbündete willkommen sein.

Ein Interview mit innenpolitischen
Zielen

sei, so wurde vermutet, Stalins «Beruhigungs»-Unterhal-
tung mit jenem Journalisten gewesen. Die russische
Kriegsfurcht sollte zerstreut werden. Wir halten diese
Version für ziemlich schief. Gerade weil das Wörtlein
«noch» unterschlagen wurde, kam man auf eine solche

Auslegung. In Russland hat man es nicht überhört. Dass nachher Radio Moskau unterstrich, hinter Stalin stehe die ganze russische Macht, sprach sozusagen Bände. Warum wurde wohl in der Welt überhört, dass der Diktator im Kreml so deutlich die Rolle der Atombombe in einem künftigen Kriege bezweifelt? Warum begriff man nicht, dass Stalin den Russen und der Welt erklärte, die gefürchtete Bombe mache nur den Leuten Angst, die nichts von den gesamten Möglichkeiten eines künftigen Krieges wüssten? Das nämlich war aus den Worten an den Engländer herauszuhören, auch wenn es nicht direkt ausgesprochen wurde.

Natürlich sprach Stalin auch zu den Russen. In Wahrheit aber sprach er ihnen Mut zu und zerstreute die Bedenken, die man angesichts der gewaltigen amerikanischen Macht empfinden muss. Diese Seite des Interviews muss man besonders studieren. Er sagte den Sowjetvölkern, dass zurzeit — also gerade jetzt, da man die Atombombe als Schreckensgespenst darstellt — «noch nicht» von einer Kriegsgefahr sprechen dürfe, weil die Kriegshetzer noch durchaus nicht Herren der Entscheidung geworden seien. Aus diesem Grunde bestritt er auch, dass er glaube, die «westlichen Demokratien» trachteten danach, Russland einzukreisen. Eine solche Gefahr, so sagt Stalin den Russen, werde erst dann akut sein, wenn eine dieser Demokratien nicht mehr demokratisch sei. Also nach Truman-Byrnes. Die russische Rechnung übersieht die spätere Zukunft nicht, versucht aber, die Gegenwart so zu sehen, wie sie wirklich ist.

Eine Forderung freilich hat Stalin an den Westen gerichtet: Die nach der Ausrottung des Fascismus in der ganzen Welt. Das kann ein Hinweis auf die fortdauernde Herrschaft Francos sein. Aber es steckt mehr dahinter. USA kann in die Hände eines Franco fallen. So meint es Stalin. Und schon jetzt bezeichnet er den Kampf der Demokraten oder allenfalls der amerikanischen Labourparty von 1951 als eine Entscheidungsschlacht gegen den aufziehenden Amerika-Fascismus. Wer je die Grosslinigkeit der russischen Politik mit all ihren Schematisierungen und für unsere Augen Vergrößerungen studiert hat, der weiss auch, dass er mit einer solchen Vierjahres-Perspektive rechnen muss, falls er die Stalinschen Aussagen verstehen will.

Von einer eigentlichen «Beruhigung der Welt» durch diese hochwichtigen Aussprüche des russischen Staatslenkers zu reden, ist mit Verlaub, gefaselt. Der Schluss der Friedenskonferenz, der im Oktober erfolgen soll, wird dies ebenso beweisen wie die nachfolgende Konferenz der Aussenminister, an welcher das deutsche Problem behandelt werden soll. Stalin sagt, dass er die «Verwendung Deutschlands gegen die westlichen Mächte» als einen dummen Streich betrachte, der sich gegen die russischen Interessen richten müsste. Das klingt wie ein Versprechen gegenüber dem gesamten Westen. Die Wahrheit aber ist, dass niemand besser als Stalin weiss, wie unmöglich ein solcher Plan sei, und dass er nie verwirklicht werden könne. Das schicksalhafte Problem, das eben erst durch die Rede von Byrnes in Stuttgart aufgeworfen wurde, lautet: Soll die Oder-Neisse-Grenze endgültig sein? Es ist dieses Problem, welches sämtliche Deutschen, auch die Kommunisten (oder «Einheits-Sozialisten» der russischen Zone) einhellig in die Reihen der Westmächte treiben muss. Stalin müsste geradezu die Polen fallen lassen und das alte deutsche Reich in seinem vollen Umfange, vielleicht unter Anschluss von Königsberg, wieder herstellen, falls er den «deutschen Sturmbock» mit Spitze gegen den Westen im Auge hat. Da er das nicht will, rechnet er eher damit, den Deutschen im Lager der Gegner zu finden. Darum seine Aussagen über Deutschland. Die Ziele der russischen Politik östlich des «eisernen Vorhangs» sind eigentlich klar: Ansehung der Besetzungszeit, Schaffung einer sozialen Schichtung, die nachher dem Rumpfreich die Richtung

weisen muss, völlige Ausmerzung des Junkertums, der eigentlich militaristischen Schicht in Preussen, Polonisierung des Gebietes bis an die Oder und Neisse. Nach der späten Räumung wird es sich zeigen, was dieses Deutschland noch bedeuten wird im gesamten Konzept der Weltpolitik.

Deutschland in Europa,

das ist ja schliesslich die Schicksalsfrage, die sich in den Augen der Russen mit sämtlichen andern Fragen verpflichtet. Sollte es je ein Deutschland geben, welches seine Revanche träumt und sich anschickt, die verlorenen Ostgebiete wieder zu erobern, dann muss es einen Rückhalt im übrigen Europa haben, und ein solches Europa, das antipolnisch und antirussisch eingestellt wäre, müsste seinen Rückhalt an einer russlandfeindlichen Welt haben. Abgesehen von den Entscheidungen, die in den USA fallen, hängt das Schicksal der Deutschen eben von den sozialen und politischen Schlachten ab, die überall in der Welt — und auch in den verschiedenen Ländern Europas — geschlagen werden. Heute und in den kommenden Jahren und Jahrzehnten. Und erst, wenn man überschauen kann, wie sich all dies anlässt, wird man sagen können, ob die Deutschen die geringste Hoffnung haben, vom Westen «als Sturmbock gegen die Slaven» gewünscht und verwendet werden. Diese Wahrheit ist es, die den Stalinschen Verzicht auf die «Abrichtung der Deutschen zum Angriff nach Westen» erst in ihrer Bedeutung als «Verzicht auf ein Unmögliches» charakterisiert.

Es geht gerade jetzt in Frankreich um einen Entscheidungskampf, der vielleicht auf Jahrzehnte hinaus eine neue russisch-französische Allianz anbahnen wird, deren Ziel die Niederhaltung des restlichen Reiches im Interesse beider Staaten sein muss. Am vergangenen Sonntag hat die Nationalversammlung mit Dreiviertelmehrheit dem neuen Verfassungsentwurf, einem Kompromisswerk der drei grossen Parteien, zugestimmt. Die «Christlichen» des MRP haben ihre Wünsche nach einem starken Präsidenten durchgesetzt. Die Sozialisten haben erreicht, dass als dem «Rat der Republik» nur eine beratende Instanz, kein «brassender Senat» wird, und die Kommunisten sind zufrieden, weil sie dem Parlament die letzte Entscheidung in der Gesetzgebung gerettet haben. Käme nichts weiter hinzu, dann bestünde die Hoffnung, dass das französische Volk Mitte Oktober die Verfassung ebenfalls annehmen würde.

Allein nun hat de Gaulle in einer sehr langen Rede, gehalten in Epinal, die Nein-Parole ausgegeben. Er will einen viel stärkeren Präsidenten. Ihm soll das Recht gegeben sein, die Regierungen zu ernennen und das Parlament aufzulösen, falls es keine Mehrheit für die von jenem Präsidenten eingesetzte Regierung mehr aufweise. Jedermann in Frankreich weiss heute, dass die «gaullistische Union» den General selbst als ersten machtvollkommenen Präsidenten dieser Art auf den Thron zu heben wünscht. In den nächsten vierzehn Tagen wird es auskommen, ob wirklich das Volk mit ihm oder mit den drei Parteien gehen wird. Vermutlich halten viele Wähler des MRP, insgeheim von der Kirche beeinflusst, das Nein de Gaulles für besser als die offizielle Parole ihrer Partei. Es wird hart auf hart gehen...

Siegt de Gaulle, dann wird er, trotz seinen sehr deutlich antirussischen Sprüchen in Epinal, der erste sein, der in den Beratungen der «Vier» jeden Vorschlag zur Stärkung Frankreichs und zur endgültigen Schwächung des deutschen Reiches auch im Westen unterstützt. Dadurch wird aber Frankreich zum praktischen Verbündeten Russlands. Es gibt eben Konsequenzen des Nationalismus, die alle sozialen und weltanschaulichen Programme umwerfen.

Veltlinerstube

Herrengasse 25 (Casino)